



Beschlussvorlage 2022/090	Referat	Bürgermeister
	Abteilung	Bürgermeister
	Verfasser(in)	

Gremium	Termin	Vorlagenstatus
Stadtrat	17.03.2022	öffentlich

Krieg in der Ukraine und die Folgen für die Stadt Friedberg

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat verurteilt den Krieg in der Ukraine und beschließt die in der Anlage 1 angehängte Resolution
2. Der Stadtrat nimmt die Schaffung von zwei neuen Haushaltsstellen zur Kenntnis
3. Der Stadtrat beschließt die Verwendung der eingegangenen Spenden auf dem städtischen Konto für ausschließlich gemeinnützige Zwecke in der humanitären Hilfe in der Ukraine sowie bei der Unterstützung Geflüchteter und in Friedberg angekommener Menschen aus der Ukraine
4. Der Stadtrat stimmt als personelle Unterstützung für die aktuellen und anstehenden Sofort- und Sondermaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg der Aufstockung der Stelle von Stephanie Posch von 25 auf 30 Wochenstunden befristet bis 31.12.2022 außerhalb des Personalkonzeptes zu.
5. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der zunehmenden Bedrohungslage durch Hacker-Angriffe und begrüßt zusätzliche Maßnahmen der Stadtverwaltung
6. Die Stadtverwaltung wird vom Stadtrat beauftragt in Zusammenarbeit mit dem Landkreis als untere Katastrophenschutzbehörde den Zivil- und Katastrophenschutz konzeptionell aufzuarbeiten. Die Szenarien sind insbesondere auf einen Stromausfall auszulegen. Vordringlich ist ein Warn und Alarmierungssystem aufzubauen. Dazu sind alle noch vorhandenen analogen Sirenen unverzüglich für den digitalen Betrieb umzurüsten, einschließlich der Möglichkeit, auch die Bevölkerung zu warnen. Darüber hinaus sind weitere notwendige Sirenen-Standorte im Stadtgebiet zu lokalisieren und Fehlbestände zu ergänzen.
7. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, ein Konzept für den Ausstieg der städtischen Gebäude aus der Versorgung mit fossilen und importierten Energieträgern durch Energieeinsparung und die Inanspruchnahme erneuerbarer Energien zu erarbeiten und dem Gremium vorzulegen. Neue Gasanschlüsse und Gasheizungen sind ab dem

anwesend:	für den Beschluss:	gegen den Beschluss:
------------------	---------------------------	-----------------------------



Beschluss heute nicht mehr vorzubereiten und einzubauen. Das gilt auch für bereits laufende Planungen.

8. Der Stadtrat betont die Bedeutung der Energiewende weg von importieren und fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien sowohl bei der Stromerzeugung als auch der Wärmeversorgung als auch im Bereich der Mobilität. Dazu muss die Stadt Friedberg entlang ihres Energienutzungsplans einen eigenen Beitrag leisten und die Potenziale im Stadtgebiet stärker als bisher erschließen. Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien sind im Rahmen des rechtlich Zulässigen daher stets mit Vorrang zu bearbeiten.



Sachverhalt:

Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden Entwicklungen stellen sich der Stadt Friedberg neue Herausforderungen und neu zu bewertende Fragestellungen.

Resolution des Stadtrats (siehe Anlage)

Die Resolution soll eine klare Haltung der Stadt Friedberg zu dem von Russland geführten Angriffskrieg ausdrücken.

Haushaltsstellen

Die mit vielen zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern durchgeführten Veranstaltungen und Hilfsaktionen haben auch Aufwand bei der Stadtverwaltung mit sich gebracht. Der Stadtrat wird daher über zwei neue Haushaltsstellen informiert, die der Abdeckung der zusätzlichen Kosten für die Verwaltung dienen:

Personalkosten 7700.4148 (ohne Ansatz, Deckung über DKR1 – AOD 0130)

Sachkosten 7700.6320 (aktuell 5.000 € für Sachkosten)

Spendenkonto

Die Stadt Friedberg hat parallel mit der Kirchengemeinde St. Jakob ein Spendenkonto mit Verwendungszweck „Ukraine“ eingerichtet gem. § 52 Abs. 2 Ziff. 10 AO. Die Spenden sind wie gewöhnlich vom Stadtrat anzunehmen. Die Verwendung, die ausschließlich gemeinnützig für Menschen in der Ukraine, für geflüchtete Menschen aus der Ukraine oder ankommende Geflüchtete aus der Ukraine in Friedberg erfolgen darf, ist ebenso vom Stadtrat zu beschließen.

Koordinatorin Stephanie Posch

Aktuell werden alle Anfragen an die Verwaltung rund um die Ukraine-Hilfe maßgeblich von Stephanie Posch, als neuer persönlicher Referentin des Bürgermeisters sowie als Mitarbeiterin in der Asyl- und Integrationsberatung, angenommen, gefiltert und koordiniert. Im Hintergrund leistet eine Vielzahl von Mitarbeiter:innen in unterschiedlichen Fachbereichen Zuarbeit mit höchster Priorität. Da einerseits unklar ist, wie lange und mit welcher Intensität Hilfe noch koordiniert werden muss und andererseits viele der in der Resolution genannten Maßnahmen einen personellen Mehrbedarf bei gleichzeitiger hoher Priorität auslösen, wird vorgeschlagen, das Stundenkontingent vorläufig bis Ende des Jahres um 5 Stunden pro Woche auf 30 Stunden zu erhöhen.

IT-Sicherheit

Um auf Gefährdungen reagieren zu können, ist es im Bereich EDV/Telefonie möglich, dass kurzfristig ungeplante Anschaffungen zur Absicherung der Anlagen getätigt werden müssen.

Informationen des BSI/LSI: In Anbetracht der Situation in der Ukraine bewerten das Bundesamt und das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI, LSI) fortwährend die Lage mit Bezug zur Informationssicherheit. Das BSI steht in engem Austausch mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie zahlreichen nationalen und internationalen



Partnerbehörden. Alle Informationen zur Lage mit Bezug zur Informationssicherheit laufen zudem im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum in Bonn zusammen und werden dort ausgewertet. Das BSI hat seinen Eigenschutz und seine Krisenreaktion gestärkt und hat dazu das Nationale IT-Krisenreaktionszentrum aktiviert. Darüber hinaus hat das BSI auch seine Zielgruppen, darunter die Bundesverwaltung, Betreiber Kritischer Infrastrukturen und weitere Organisationen und Unternehmen sensibilisiert und zu einer erhöhten Wachsamkeit und Reaktionsbereitschaft aufgerufen.

Das BSI erkennt derzeit eine erhöhte Bedrohungslage für Deutschland. Allerdings ist aktuell keine akute Gefährdung der Informationssicherheit in Deutschland im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine ersichtlich. Diese Situation kann sich nach Einschätzung des BSI jederzeit ändern.

Alle Handlungsempfehlungen des BSI und LSI werden von den Mitarbeitern der Abt. 11/EDV – sofern möglich und nötig - sofort umgesetzt.

Kaspersky Endpoint Security: Die Stadt Friedberg setzt Produkte der Fa. Kaspersky als Virenschanner auf Windowsbasis ein. Hauptsitz der Aktiengesellschaft ist Moskau. Die derzeit erworbene Lizenz endet am 23. Juli 2023. Bei hoher Bedrohungslage und spätestens bei Ablauf der Lizenz ist zu prüfen, ob die Software in bestehender Form weiterverwendet werden kann/soll. Aktuell warnt das BSI vor dem Einsatz von Software der Firma und fordert einen geordneten Übergang auf andere Produkte-

Firewallsysteme: Alle eingesetzten Defendo-Firewallsysteme wurden bei der Firma Linogate beschafft (Systeme und Software made in Augsburg). Alle Firewalls laufen mit aktueller Firmware. Die Mitarbeiter der LuK überprüfen ständig die Aktualität der Systeme und Kritikalität der Cyberangriffe.

Stromausfall: Alle Aktivkomponenten und Serversysteme sind mit unterbrechungsfreien Stromsystemen ausgestattet. Diese können den Strom allerdings nur ca. 30-45 Minuten überbrücken und danach die Systeme ordnungsgemäß herunterfahren. Die eingesetzten Geräte sind für kurzfristige Stromausfälle und Spannungsspitzen konzipiert. Bei einem Blackout ist die Stadt Friedberg EDV- und telefontechnisch nicht mehr handlungsfähig.

Social Engineering: Erste Phishing-Mails mit Bezug zum Ukraine-Krieg sind nun auch auf Deutsch im Umlauf. Dabei treten Vorschussbetrügereien auf, bei denen die Mail-Empfänger z.B. gebeten werden, vermeintlichen Opfern des Krieges Geld für die Flucht zu überweisen. Daneben ist auch klassisches Phishing, das mit reißerischer Berichterstattung die Mail-Empfänger zum Klicken zum Beispiel auf einen "Weiterlesen"-Button verleiten soll. Auch Scam-Mails, die betrügerische Spendenaufrufe verbreiten, sind in Umlauf. Bei den aktuellen Phishing-Mails wird demnach der Krieg gegen die Ukraine zu kriminellen Zwecken genutzt. Nach Einschätzung des BSI dürfte das Aufkommen an Phishing-Mails auch im deutschsprachigen Raum weiter zunehmen. Mit gezielten Sensibilisierungsmaßnahmen wird versucht, die Mitarbeiter/innen der Stadt und Stadtwerke auf mögliche Gefahren hinzuweisen.

Mailsysteme: Bei maximaler Bedrohungslage ist die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, persönliche Mailadressen auf Funktionsadressen umzuleiten, die dann von speziell geschulten Mitarbeiter/innen geprüft werden.

Zugangskontrolle: Durch die Corona-Pandemie sind die Verwaltungsgebäude bis auf das Bürgerbüro für die Öffentlichkeit geschlossen. Da nicht die Möglichkeit besteht, den Zugang über einen Pfortner zu regeln ist es ratsam, dies im Anbetracht der Bedrohungslage beizubehalten.

Absicherung von SIP-Telefonleitungen: Die IP-Leitungen der Kernverwaltung wurden beim Provider M-net bereits auf „voice only“ umgestellt, ein gezielter Angriff aus dem Internet auf die Telefonleitung ist somit nicht mehr möglich.



ISIS12: Die Stadt Friedberg hat bereits 2021 das Informationssicherheitsmanagementsystem ISIS 12 eingeführt. In regelmäßigen Abständen werden interne Audits durchgeführt, um sicherheitsrelevante Prozesse anzupassen.

App: Um die Bevölkerung schnell über Bedrohungen informieren zu können, ist die Anschaffung einer App mit Push-Funktion zu prüfen (grundsätzlicher Beschluss ist bereits gefasst).

Zivil- und Katastrophenschutz

Der Zivil- und Katastrophenschutz, der dem Grunde nach den Kreisverwaltungsbehörden obliegt, ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer weiter aus dem Blickfeld gerückt. Seit der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Sommer 2021 ist zumindest offenkundig, dass auch bei uns im Schulterschluss von Landratsamt und Stadt rasch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen sind, um die Bevölkerung bei Naturkatastrophen warnen, evakuieren und im Notfall auch unterbringen und versorgen zu können. Der Handlungsdruck ist durch die weitere Komponente „bestmöglicher Schutz vor Kriegsgefahren“ nochmals gestiegen. Derzeit gibt es im Stadtgebiet Friedberg nur eine einzige moderne städtische Sirene, die neben der Alarmierung der Feuerwehr auch technisch geeignet ist, Alarmtöne für den Zivil- und Katastrophenschutz abzugeben. Darüber hinaus gibt es im Stadtgebiet noch eine weitere Katastrophenschutzsirene des Landkreises. Eine weitere Vorsorge von staatlicher Seite wurde hier in der Vergangenheit nicht mehr getroffen. Weitere 16 motorbetriebene Sirenen müssen kurzfristig in 2022 technisch umgerüstet werden, um die neuen Anforderungen der digitalen Alarmierung der Feuerwehren zu erfüllen. Parallel dazu sind die Abdeckung des gesamten (bewohnten) Stadtgebietes mit Sirenenwarntönen technisch bzw. rechnerisch zu prüfen, zusätzliche Sirenenstandorte zu definieren und anschließend mit modernen Sirenen zu bestücken.

Die Aufstellung der Feuerwehren wird gerade erneut im Rahmen der Feuerwehrbedarfsplanung überprüft und dem Stadtrat vorgestellt. Dabei hat sich bereits bei der Datenerhebung gezeigt, dass aktuell kein Feuerwehrhaus für den Betrieb mit Notstrom ausgelegt ist. Dieses Defizit kann mit vergleichbar geringem finanziellen Aufwand behoben werden, um im Katastrophenfall die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren zu erhalten und darüber hinaus bei Stromausfall Anlaufstelle („Leuchtturm“) für Bürger zu sein. Auch für die Verwaltungsgebäude liegt momentan kein Konzept für den Betrieb bei Stromausfall vor.

Darüber hinaus sind derzeit keine geeigneten Schutzräume für die Bevölkerung im Falle von Evakuierungen (im schlimmsten Fall bei Luftangriffen) mehr vorhanden bzw. bekannt. Der Bereich „Zivil- und Katastrophenschutz“ ist organisatorisch im Fachbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung gemeinsam mit dem Brandschutz angesiedelt. Das zeitliche Budget wurde in der Vergangenheit bereits regelmäßig vollständig für Belange des Brandschutzes aufgezehrt.

Energieversorgung städtischer Liegenschaften

Knapp über 50% (über 50 Heizungsanlagen in absoluten Zahlen) aller städtischen Gebäude werden mit Gas beheizt, mit Öl sind es ca. 20%. Der Anteil der Beheizung mittels regenerativer oder erneuerbarer Energien beläuft sich auf ca. 10%. Die restlichen knapp 20% verteilen sich auf Beheizung mittels Strom und Flüssiggas oder sind unbeheizt (z.B. Lagerhallen).

Bereits seit Jahren ist das Bestreben des Gebäudemanagements, die städtischen Gebäude bei jeder Sanierung und Erneuerung einer Heizung mit einer zukunftsfähigen Technologie



auszustatten. Zu bedenken ist hierbei, dass nicht an jedem Standort Lagerkapazitäten für z.B. Pellets, ein Nahwärmenetz oder die Möglichkeiten zur Nutzung einer Wärmepumpe gegeben sind. Bei zukünftigen Sanierungen muss das gesamte Heizsystem (Leitungen, Heizkörper, Regelungstechnik, Hydraulik) mit erneuert werden, um den Einsatz von z.B. Wärmepumpen zu ermöglichen. Diese Sanierungen von Gesamtsystemen werden deutlich zeit- und kostenintensiver, im Gegensatz zur Erneuerung von Gasheizungen. Jedes Gebäude muss dabei individuell unter allen Gegebenheiten und Möglichkeiten betrachtet werden (z.B. Gebäudedämmung, Photovoltaik mit Speichersystemen in Kombination mit Wärmepumpen etc.). In Anbetracht der Größe der Aufgabe ist eine erhöhte Prioritätensetzung vorzunehmen und die Abteilung 23 gefordert, die Arbeitsplanung entsprechend anzupassen.

Laufende Planungen sollten entsprechend eine Alternative durch erneuerbare Energieträger ergänzt werden und im Bau befindlichen Neubauprojekten auf noch realistische Änderungsmöglichkeiten geprüft werden.

Erneuerbare Energien

Die Folgen des Ukraine-Kriegs zeigen sich auch in massiven Verwerfungen auf den Energiemärkten. Die Verfügbarkeit ist nicht mehr gesichert, die Preisentwicklung unkalkulierbar und in der Höhe exorbitant. Die bisherig zu befürchtende Verdreifachung der bisherigen Strom- und Gaspreise bei der 2022 zu erfolgenden Neuausschreibung für die städtischen Verbräuche ist nun ein eher zu begrüßendes Szenario. Zusätzlich dienten die Erlöse aus den Verkäufen der fossilen Brennstoffe dem Regime in Russland wie auch anderen autoritären Staaten zur Finanzierung einer massiven Aufrüstung nach Innen und Außen. Es ist daher geboten und neben dem aktiven Klimaschutz ein Akt der Solidarität und der Förderung der Menschenrechte, diese Finanzierungsquellen zu schließen. Aufbauend auf dem 2015 verabschiedeten Energienutzungsplan der Stadt und unter Hinzuziehung des neuen Energienutzungsplans des Landkreises Aichach-Friedberg ist die Stadt Friedberg gefordert, die Möglichkeiten zur Erzeugung heimischer, erneuerbarer Energie aktiver als bisher anzugehen. Dazu sind auch Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien in der Stadtverwaltung prioritär zu bearbeiten.